PARLAMENT
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Sitzungsperiode 2026-2027
Sitzung des Ausschusses III vom 5. November 2026

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 500 von Herrn Wertz (PFF) an Minister Franssen zur strukturellen Einbindung von Schülervertretungen**

Wer über die Zukunft von Schule entscheidet, entscheidet über einen wesentlichen Teil des Alltags und der Zukunft junger Menschen. Schülerinnen und Schüler erleben unmittelbar, was im Unterricht funktioniert und wo Unterstützung fehlt.

Die Schülerproteste geben Anlass, auch darüber zu sprechen, wie junge Menschen ihre Einflussmöglichkeiten wahrnehmen können. Wenn bei ihnen der Eindruck entsteht, dass über ihre Zukunft entschieden wird, ohne dass ihre Stimme etwas bewirken kann, müssen wir diesen Eindruck ernst nehmen.

Für uns als PFF gehören politische Bildung und gelebte Beteiligung zusammen. Wir wollen junge Menschen zu einer mündigen Teilhabe an unserer Demokratie befähigen. Dazu brauchen sie auch die Möglichkeit, demokratische Mitwirkung konkret zu erfahren.

Schülervertretungen können diese wichtige Verbindung zwischen dem Schulalltag und den politischen Entscheidungsträgern schaffen. Ein verlässlicher Dialog ist dafür Grundvoraussetzung.

Daher möchte ich Ihnen, Herr Minister, folgende Fragen stellen:

1. Welche Möglichkeiten bestehen derzeit für Schülervertretungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ihre Anliegen unmittelbar einzubringen, und wie werden diese Möglichkeiten genutzt?
2. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um gemeinsam mit den Schülervertretungen einen regelmäßigen, verbindlichen Dialog zu gestalten?

- **Frage Nr. 501 von Herrn Jerusalem (ECOLO) an Minister Franssen zu Störungen im öffentlichen Personennahverkehr der TEC während der Zeiten der Schülerbeförderung**

Für den Schülertransport ist der öffentliche Personennahverkehr der TEC unverzichtbar. Jeden Morgen werden tausende Schülerinnen und Schüler auf diese Weise zu ihrer Schule gebracht.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Störungen in diesem System haben daher erhebliche Auswirkungen: Zuspätkommen, unentschuldigte Abwesenheiten, endgültiger Verkehrskollaps im Umfeld von Schulen, weil ein paar Dutzend Autos die Straßen nunmal stärker verstopfen als ein Bus.

Das Unterrichtswesen der DG, die Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern und auch die Städte und Gemeinden sind daher auf einen gut funktionierenden TEC-Transport angewiesen. Dieser ist glücklicherweise häufig gewährleistet. Doch auch Störungen kommen regelmäßig vor.

Hier einige Situationen, die leider beim Schülertransport mit der TEC in den ersten beiden Monaten dieses Schuljahres vorgekommen sind:

- Fahrten wurden in der TEC-App als "bestätigte Fahrt" angezeigt, fielen jedoch ohne Angabe von Gründen aus.
- Fahrten wurden am Vorabend als "bislang nicht gewährleistet" gekennzeichnet – und fielen aus.
- Fahrten wurden kurz vor der Fahrtzeit in der TEC-App noch als "bislang nicht gewährleistet" angezeigt, wurden dann aber bedient – obwohl sich zahlreiche Familien umorganisiert hatten.
- Busse, die an wartenden Schülergruppen an der Haltestelle vorbeifuhren – offenbar in der Erwartung, ein folgender Bus würde sie mitnehmen. Es gab jedoch keinen Folgebus.

Vermutlich gab es weitere Störungen.

Wir können uns alle lebhaft vorstellen, wie die Morgen in Familien aussehen, wenn plötzlich klar wird, dass der Bus nicht fährt.

Zwar obliegt die Zuständigkeit für Mobilität der Wallonischen Regierung, Ihr Parteikollege Minister François Desquesnes ist dafür zuständig. Es muss jedoch ein ausdrückliches Anliegen der Politik in der DG sein, dass Störungen bei der TEC vor allem während der Fahrzeiten der Schülerinnen und Schüler die Ausnahme bleiben. Das ist nach meiner Einschätzung bisher nicht der Fall.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen:

1. Wie beurteilen Sie die Zuverlässigkeit des Busverkehrs der TEC während der Beförderungszeiten von Schülerinnen und Schülern im Verlauf des bisherigen Schuljahres?
2. Sollten Eltern Störungen im Linienbusverkehr auch beim Ministerium der DG melden?
3. Stehen Sie in Kontakt mit dem zuständigen Minister François Desquesnes, um die Situation bei der TEC weiter zu verbessern?

- **Frage Nr. 502 von Herrn Jerusalem (ECOLO) an Minister Franssen zur Forderung des RDJ nach Einführung eines Pflichtfachs "Politische Bildung"**

Im Rahmen des 11. Zyklus des EU-Jugenddialogs wurden auf Grundlage von Jugendkonferenzen und Umfragen Empfehlungen erarbeitet, die anschließend in einer Entschließung des Rates der Europäischen Union festgehalten wurden. Für die DG hat der RDJ an diesem Jugenddialog teilgenommen und sich mit den Empfehlungen befasst, die daraus hervorgegangen sind. Der RDJ appelliert davon ausgehend an die politischen Entscheidungsträger in Ostbelgien, die vorgeschlagenen Maßnahmen auf regionaler Ebene umzusetzen. Dabei bekräftigt der RDJ erneut seine langjährige Forderung nach der Einführung eines eigenständigen Pflichtfachs „Politische Bildung" ab dem ersten Sekundarschuljahr mit einem eigenen Rahmenplan.

Diese Forderung des RDJ deckt sich mit der Forderung der CSP, in deren Wahlprogramm 2024 es heißt: Ein eigenständiges Fach „politische Bildung" einführen, um junge Menschen für die Zukunft zu wappnen.

Im Koalitionsabkommen von 2024 erklärt die Regierung aus ProDG, CSP und PFF hingegen: Die Koalition wird die politische Bildung überfachlich verstärken und dafür einen verbindlichen Rahmen zur Förderung von zukunftsorientierten fachlichen und überfachlichen Kompetenzen schaffen [...].

Im Bildungswesen der DG lässt letztlich die pädagogische Freiheit den Schulen die Wahl, wie sie die politische Bildung umsetzen möchten, als Fach oder fächerübergreifend. Die Frage nach der Art und Weise brauchen Regierung oder Parteien also gar nicht festzulegen. Es muss nur sichergestellt werden, dass die politische Bildung in allen Schulen ihren Platz findet. Und hier drückt der Schuh.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen:

1. Auf welche Weise soll in Zukunft sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler in den Sekundarschulen der DG in den Genuss politischer Bildung kommen?
2. Wie stehen Sie zu der Forderung von RDJ und CSP nach der Einführung eines eigenständigen Pflichtfachs "politische Bildung"?
3. Wann ist damit zu rechnen, dass die politische Bildung flächendeckend in allen Sekundarschulen der DG ab der 1. Stufe erteilt wird?

- **Frage Nr. 503 von Frau Elsen (ProDG) an Minister Franssen zur Entwicklung der Schülerzahlen und Stand der Reform**

Der Hausunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde in den vergangenen Jahren mehrfach parlamentarisch behandelt.

Im Dezember 2024 kündigten Sie, Herr Minister an, die Organisation und die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Hausunterrichts zu überprüfen und möglichen Reformbedarf zu ermitteln. Auch im zuständigen Parlamentsausschuss wurde das Thema im März 2026 erneut aufgegriffen.

Der Hausunterricht stellt eine gesetzlich vorgesehene Möglichkeit dar, die Schulpflicht zu erfüllen. Dabei gilt es, die Wahlfreiheit der Erziehungsberechtigten zu respektieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass die betroffenen Kinder eine angemessene Bildung erhalten die erforderlichen Kompetenzen zu erwerben und in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung gefördert werden.

Von besonderer Bedeutung ist deshalb eine angemessene Organisation des Hausunterrichts, eine verlässliche Qualitätssicherung, sowie die Begleitung der Kinder und ihrer Familien.

Nach den ersten beiden Monaten des Schuljahres 2026–2027 bietet sich die Gelegenheit, die Entwicklung der Schülerzahlen, die bisherigen Erkenntnisse der Schulinspektion und den Fortschritt der angekündigten Reform zu beleuchten.

Diesbezüglich lauten meine Fragen:

1. Wie hat sich die Zahl der schulpflichtigen Kinder im Hausunterricht im Schuljahr 2026–2027 gegenüber dem vorherigen Schuljahr entwickelt?
2. Welchen Stand hat die neue Reform des Hausunterrichts inzwischen erreicht?
3. Welche wesentlichen Erkenntnisse hat die Schulinspektion seit der letzten parlamentarischen Befassung aus den Kontrollen und Lernstandserhebungen im Hausunterricht gewonnen, insbesondere hinsichtlich der Kompetenzentwicklung der Kinder?